

Resolution des Kongresses 2015 des Mouvement Ecologique

Vermeintlichen Wachstumszwang in breiter öffentlicher Diskussion hinterfragen

Der Kongress 2015 des Mouvement Ecologique stellt fest, dass

- die aktuelle Regierung nach wie vor am Wachstumsdogma festhält und diesen als "alternativlos" darstellt;
- in den sektoriellen Plänen der Landesplanung von einem ungehemmten Wachstum ausgegangen wird (u.a. Zunahme von über 200.000 Arbeitsplätzen bis 2060) und sich die Landesplanung primär in den Dienst einer besseren Organisation des Wachstums stellen soll;
- keine grundsätzliche Debatte zur Fragestellung "Wat fir e Lëtzebuerg fir muer" in die Wege leitet;
- die Einführung eines sogenannten "PIB du bien être", d.h. eines anderen Messinstrumentes des Wohlstandes als des Bruttosozialproduktes, nach wie vor auf seine Umsetzung wartet;
- unterdessen die Zersiedlung des Landes usw. fortschreitet, mit allen damit verbundenen Konsequenzen an Verlust an Lebensqualität, Mobilitätsproblemen, Naturzerstörung und Ressourcenverbrauch usw.;
- unser Sozialsystem bei den heutigen Finanzierungsmodalitäten weiterhin abhängig ist von dieser Wachstumsideologie und die "Spirale" immer weiter angetrieben wird;
- das Wirtschaftswachstum erwiesenermaßen nicht a priori mit mehr sozialer Gerechtigkeit verbunden ist bzw. seine positive Auswirkungen "selbst auffrisst" (Stichwort Ausgaben für Beseitigung von Umweltschäden);
- ab einem gewissen Einkommen und sozialer Absicherung, andere Faktoren für Wohlstand und Wohlbefinden an Bedeutung gewinnen (soziale Netzwerke, gute Arbeitsbedingungen, gesellschaftliche Teilhabe...) gegenüber einer weiteren Steigerung des materiellen Besitzes;
- generell die heutige Orientierung des Produktions- und Wirtschaftssystems kritisch zu hinterfragen ist (Stichworte: „Deregulierung“, Industrialisierung von Sektoren wie der Landwirtschaft...);

und fordert die Regierung, politischen Parteien, Medien und (Zivil)-gesellschaft auf:

- die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen auch in der politischen Praxis anzuerkennen, dies indem der Fokus der Politikgestaltung nicht weiterhin auf der Steigerung des Wachstums gerichtet wird (Wirtschafts- und Gesellschaftsregeln können verändert werden, nicht aber Naturgesetze);

- anzuerkennen, dass im Rahmen einer gerechten Verteilung von Ressourcen und "Verschmutzungsrechten" (z.B. Klimagasemissionen) finanziell ärmeren Ländern Wachstumsraten zuzugestehen sind auf Kosten der Industrienationen;
- eine grundsätzliche Debatte über die Fragestellung "Wat fir e Lëtzebuerg fir muer?" in die Wege zu leiten, wie dies bereits 2001 im Rahmen eines Zukunftstisches hätte geschehen sollen, dies mit bestmöglicher Einbindung der Bevölkerung sowie der Zivilgesellschaft;
- die Abhängigkeit der Finanzierung des Sozialsystems vom Wirtschaftswachstum zu reduzieren / entkoppeln und andere Finanzierungsmodelle anzugehen (siehe Überlegungen Studie der Arbeitnehmerkammer, Besteuerung von Kapital u.a.m.);
- eine Analyse durchzuführen, welche von der Regierung eingesetzten Instrumente zwar das Wachstum anregen, jedoch aus Sicht der nachhaltigen Entwicklung kontraproduktiv zu wirken drohen;
- bewusst eine breite gesellschaftliche Debatte darüber zu initiieren, in welchen Branchen gezielt ein Wachstum gefördert werden soll (Stichworte Energieeffizienz, Altbausanierung, Produktion von Lebensmitteln für den regionalen Markt) und in welchen der Staat keine proaktive Rolle übernehmen soll;
- umgehend den "PIB du bien être" einzuführen ;
- generell die Frage der Verteilungsgerechtigkeit, ohne kontinuierliches Wachstum, zu thematisieren ;
- eine grundsätzliche Debatte über ein nachhaltiges Produktions- und Wirtschaftssystem in allen Bereichen zu fördern (von Freihandelsverträgen bis hin zur landwirtschaftlichen Praxis);
- bewusst, auch die Bedeutung von « nicht materiellen Werten» verstärkt in den Fokus der Politikgestaltung zu stellen (Stichworte Gemeinwohl, Naturräume...).